

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

**Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und
Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg
Fünfter Bericht zur Umsetzung der
Dienstvereinbarung zur Förderung der
Gleichstellung von Frauen und Männern**

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	09.07.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den fünften Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Gleichstellung von Frauen und Männern einschließlich der Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Ämtern und anderen Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes in Heidelberg zur Kenntnis.

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 4	+	Ziel/e: Gleichstellung von Frauen und Männern Begründung: Die Umsetzung der Gleichstellungsvereinbarung und der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zielen auf den Abbau der typischen Probleme im Geschlechterverhältnis bei der Personal- und Organisationsentwicklung der Stadtverwaltung Heidelberg.
AB 10	+	Ziel/e: Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken Begründung: Die Ausbildung und Beschäftigung in geschlechtsuntypischen Berufen fördert die Parität zwischen den Geschlechtern. Die regelmäßigen Datenerhebungen des Personal- und Organisationsamtes und des Amtes für Chancengleichheit belegen einen langsamen, aber stetigen leichten Anstieg bei den Arbeiterinnen-Azubis.
AB 11	+	Ziel/e: Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben erleichtern Begründung: Trotz der hohen Standard-Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit verweisen die Unterrepräsentanz von Frauen und Müttern in Führungspositionen genauso wie die Aufstiegsschwierigkeiten von Teilzeitkräften auf den anstehenden Optimierungsbedarf.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Um auf den Abbau der typischen Probleme im Geschlechterverhältnis bei der Personal- und Organisationsentwicklung der Stadtverwaltung Heidelberg hinzuwirken, hat die Stadt Heidelberg zahlreiche Maßnahmen entwickelt. Eine davon ist die Dienstvereinbarung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungsvereinbarung), eine weitere die Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, die am 15. November 2007 mit dem Ersten Heidelberger Gleichstellungs-Aktionsplan in Kraft gesetzt wurde.

In welcher Weise sich diese Bemühungen bereits niederschlagen, soll anhand der regelmäßigen Datenerhebungen des Personal- und Organisationsamtes und des Amtes für Chancengleichheit sichtbar werden. Seit 1996 werden bei der Personalentwicklung der Stadtverwaltung Heidelberg die Ziele der 1995 in Kraft getretenen Gleichstellungsvereinbarung berücksichtigt. Bislang wurde vier Mal über Erfolge, Trends und Probleme der Umsetzung berichtet. Der hier in der Anlage vorgelegte fünfte Bericht über die Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Stadtverwaltung Heidelberg nutzt mehrere Datenquellen:

- Teil 1 beleuchtet die aktuelle Datenlage in der Stadtverwaltung,
- Teil 2 stellt die Ergebnisse einer Befragung von Heidelberger Führungskräften des öffentlichen Dienstes (Kommune [Stadtverwaltung], Land und Bund) vor,
- Teil 3 vergleicht die Familienfreundlichkeit von Heidelbergs privater Wirtschaft, dem öffentlichen Dienst insgesamt und der Stadtverwaltung Heidelberg,
- Teil 4 analysiert die Stärken und die Schwächen der Arbeitgeberin Stadtverwaltung und gibt Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

gez.

Wolfgang Erichson

Anlage zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg Fünfter Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Ämtern und anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes in Heidelberg.